



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 32/2020

Kiel, den 15.9.2020

„Ein Staat darf sich nicht erpressen lassen“

Keine Aufnahme von „Flüchtlingen“ aus Moria

In der vergangenen Woche war in der Unterkunft auf Lesbos ein Feuer ausgebrochen, das nach Angaben der griechischen Regierung von den dort untergebrachten Migrant*innen selbst entfacht worden war. Feuerwehrmänner wurden am Löschen gehindert, immer neue kleine Feuer gelegt und auch linksradikale Helfershelfer aus Europa und Deutschland wurden bei diesen Aktionen gesichtet.

Schleswig-Holsteins Landesregierung hat angekündigt, vorgebliche Flüchtlinge aus diesem Lager aufnehmen zu wollen. Sowohl Innenministerin Sütterlin-Wack als auch Ministerpräsident Günther (beide CDU) wurden in verschiedenen Medien mit der Forderung nach Aufnahme der Moria-Migrant*innen nach Deutschland zitiert, Schleswig-Holstein werde hier eine maßgebliche Rolle einnehmen. Die Landeshauptstadt Kiel bot sich bereits an, bis zu 40 Migrant*innen freiwillig aufzunehmen, auch Lübeck steht bereit für 20 dieser Flüchtlinge. Ebenso bot Flensburg die Aufnahme an. Der schleswig-holsteinische Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt forderte gar, bundesweit Tausende Migrant*innen aus Moria zu holen. Auffallend zeitgleich orchestrierte die Asyl- und Flüchtlingslobby vor dem Reichstag eine Propaganda-Aktion, die die Aufnahme eben jener Moria-Migrant*innen forderte.

Der Alleingang von Städten liegt allerdings nicht in ihrem Kompetenzbereich, weswegen der Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT), Reinhard Sager (CDU) einem derartigen Vorgehen auch eine Absage erteilte.

Bilder der vor den Bränden jubelnden Migrant*innen zeigen, welches Sicherheitsrisiko für Deutschland mit der Aufnahme dieser Migrant*innen aus Moria verbunden ist. Was werden diese Menschen tun, wenn ihre Vorstellungen nicht erfüllt werden?

Zu diesen Vorgängen erklärt die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein: „Schon Bundeskanzler Schmidt hat im Fall Schleyer demonstriert: „Ein Staat darf sich nicht erpressen lassen!“ Das Signal muß sein: Erpressung lohnt sich nicht!“